

„Energiewende findet im ländlichen Raum statt“

Staatsminister Helmut Brunner fordert im PNP-Interview, die Standortvorteile Bayerns zu nutzen

Passau. Eine wichtige Rolle weist Landwirtschaftsminister Helmut Brunner dem ländlichen Raum bei der Energiewende zu. Sowohl bei der Windenergie wie bei der Photovoltaik sieht er hier große Potenziale. Entscheidend sei aber auch ein intelligentes Flächenmanagement.

Solaranlagen auf Feldern, Nutzung von Biogas, Windräder im Bayerwald – welche Chancen und welche Risiken sehen Sie in der Energiewende für den ländlichen Raum?

Helmut Brunner: Die Energiewende wird zwangsläufig im ländlichen Raum stattfinden, nicht in den Metropolen. Ob Windkraft, Photovoltaik oder Biomasse – jeder Energieträger ist auf die Flächen der Landwirte und Waldbesitzer angewiesen. Wir müssen die Energie dort erzeugen, wo sie benötigt wird. Und wir müssen dafür sorgen, dass sich die Menschen damit identifizieren können – also weg von anonymen Investoren hin zu Bürgermodellen. Das alles bietet enorme Chancen für den ländlichen Raum. Denken Sie etwa an den Landwirt, der zunehmend zum Energiewirt wird, weil er sein Einkommen zu immer größeren Teilen mit Solarstrom oder Biogas erwirtschaftet. Es gibt aber auch Risiken, beispielsweise die zunehmende Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energieerzeugern. Die Energiewirte können dank der bisherigen Boni im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) oft höhere Pachtpreise zahlen als etwa diejenigen, die von der Viehwirtschaft leben. Das führt in Landkreisen wie etwa Rottal-Inn, Landshut, Ansbach oder Donau-Ries, wo es eine Vielzahl von Biogasanlagen gibt, zu einem Wettkampf um die Pachtflächen. Stellenweise werden für einen Hektar Ackerland bis zu 1500 Euro pro Jahr bezahlt. Deshalb habe ich mich bereits frühzeitig für eine ausgewogene Korrektur der Biogasförderung im EEG eingesetzt. Eine Korrektur, die vor allem Kleinanlagen zugute kommt und die auf die Verwendung von Gülle zur Energieerzeugung abstellt. Ich möchte, dass vor allem Abfälle und Reststoffe verwendet werden statt wertvollem Getreide oder Mais. Die bayerische Initiative war erfolgreich: Der Bund hat kürzlich eine Sonderkategorie für kleine, güllerbasierte Anlagen bis 75 kW eingeführt. Das kommt unseren bäuerlichen Familienbetrieben zugute.

Ziel: Energieautarker Bayerwald

Welche Chancen sehen Sie für die Windenergie?

Brunner: Hier sehe ich große Potenziale, gerade in den windreichen Mittelgebirgslagen. Die bayerischen Staatsforsten können bei der Windenergie eine Vorreiterrolle einnehmen, denn landesweit

gibt es rund 800 000 Hektar Staatswald. Bereits 2007 hat das Unternehmen 131 Standortsicherungsverträge für mögliche Windkraftanlagen abgeschlossen, was aber in der Bevölkerung überwiegend auf Kritik gestoßen ist. Ich habe als Aufsichtsratsvorsitzender schon damals darauf gedrängt, dass solche Verträge nur im Konsens mit den betroffenen Kommunen und Bürgern umgesetzt werden – mit der Folge, dass keine einzige Anlage realisiert wurde. Neuerdings dreht sich aber sozusagen der Wind, Kommunen machen jetzt von sich aus Standortvorschläge und treffen Beschlüsse pro Windkraftanlage. Dennoch sollten wir mit Augenmaß vorgehen, damit wir unser Land nicht unkontrolliert mit Windrädern überziehen. Ich stelle mir deshalb eine Konzentration mehrerer Anlagen in Windparks vor. Zugleich müssen wir bereit sein, auch über bisherige Tabus nachzudenken. So gibt es etwa alte Beschlüsse, wonach es in der Naturparkregion Bayerischer Wald keine Windräder geben soll. Ein entsprechendes Verbot im Nationalpark sehe ich ein. Aber der Naturpark betrifft sechs Landkreise – warum sollte es dort keine Windräder geben? Denken Sie an den Brotjacklriegel oder den Hohen Bogen, die ja bereits mit Sendemasten bebaut sind – wem schadet es, wenn da noch ein paar Windräder stehen? Mein Traum ist, einige Regionen in absehbarer Zeit energieautark zu machen. Vielleicht können wir das im Bayerwald in 20 Jahren schaffen. Mit Unterstützung der Fachhochschule Deggendorf wird derzeit eine Bestandsaufnahme gemacht. Zugleich wird das Interesse der Bürger erkundet, sich an regionalen Anlagen zu beteiligen.

Welche Vorstellungen haben Sie bei der Photovoltaik?

Brunner: Ich meine, wir müssen die großen Standortvorteile Bayerns bei der Sonnenenergie für den ländlichen Raum nutzen. Deshalb habe ich mich immer dafür eingesetzt, auch auf der Fläche wieder eine kontrollierte Einspeisevergütung zu gewähren. Freiflächenphotovoltaik ist die billigste und effizienteste Form der Solarstromerzeugung. Ich bedauere, dass es eine solche Förderung nach wie vor nicht gibt. Für Kleinanlagen mit bis zu fünf Hektar könnte ich mir eine Vergütung vorstellen, denn auch ich will keine Großanlagen, die unsere Landschaft verschandeln. Um das zu verhindern, hätten wir aber genügend Schrauben. Die Planungs- und Genehmigungshoheit sollte bei den Kommunen liegen und ich könnte mir zudem eine Begrenzung auf ein Prozent der Gemeindefläche vorstellen. Zudem sollten solche Anlagen aus meiner Sicht harmonisch in die Landschaft integriert werden. Die im EEG bisher geforderte Anbindung an ein Wohngebiet hat Widerstände geradezu provoziert.

Um das Thema vom Anfang noch mal aufzunehmen: Wie kann es sein, dass einem Flächenland wie Bayern die Flächen ausgehen?

Brunner: Es ist noch nicht so lange her, dass die EU den Bauern Geld gezahlt hat, wenn sie Flächen stillgelegt haben. Das wäre heute nicht mehr verständlich. Die Ressource Boden ist heute so begehrt, dass sie verknappt. Dabei geht es beileibe nicht nur um die Land- und Energiewirte. Landesweit fallen täglich 16 Hektar landwirtschaftliche Produktionsfläche dem Bau von Straßen und Siedlungen zum Opfer. Das sind 23 Fußballfelder. Gleich-

aber nicht nur bei baulichen Eingriffen in Natur und Landschaft, sondern auch bei den dafür zu leistenden Ausgleichsflächen und Ersatzmaßnahmen. Hierfür werden zusätzlich zu den genannten 16 Hektar Fläche nochmals täglich acht Hektar benötigt. Deshalb sollte künftig bei den Ausgleichsflächen weniger der Umfang als vielmehr die ökologische Qualität im Vordergrund stehen. Da muss man auch daran denken, den Ausgleich statt in Fläche in Euro vorzunehmen und mit dem Geld bestehende Ausgleichsflächen qualitativ aufzuwerten, einen ökologischen

nehmigung für die erste Projektphase erteilt. Die ersten Elektroautos fahren bereits, die Testflotte soll heuer noch auf 14 Fahrzeuge aufgestockt werden. Im kommenden Jahr sollen dann auch Mietwagen zur Verfügung stehen. An diesem Projekt sind sechs Landkreise beteiligt, daher habe ich auch immer einen höheren Förderanspruch abgeleitet. Ich wäre nicht zufrieden, wenn man die für diese Projekte bereitgestellten 30 Millionen Euro einfach dritteln würde, E-Wald also nur zehn Millionen Euro bekäme wie Bad Neustadt und Garmisch. Was Garmisch angeht, muss man jetzt sowieso abwarten, denn die Begründung für die Aufnahme Garmischs war die Olympiabewerbung.

Wie viel erwarten Sie?

Brunner: Das Doppelte, 20 Millionen Euro.

Lanze für den Arber als Weltcup-Standort

Nach dem Olympia-Aus stellt sich die Frage: Welche Chancen gibt es, Gelder für unsere Region abzuweigen?

Brunner: Wäre die Bewerbung erfolgreich gewesen, hätte Bayern die Kosten für Verkehrsinfrastruktur und Wintersportanlagen ja nicht alleine schultern müssen, Berlin hätte bei vielem mitbezahlt. Das Geld fehlt jetzt natürlich. Die Frage ist nun: Was leistet sich Bayern trotzdem? So wie wir im Falle eines Zuschlags für München und Garmisch darauf hätten dringen müssen, dass die Wintersportstätten im Bayerwald nicht abgehängt werden, so müssen wir jetzt darauf bestehen, dass mögliche Gelder gerecht verteilt werden. Mir geht es darum, dass der Bayerwald auf Augenhöhe mit anderen Wintersportzentren wie Garmisch, Oberstdorf und Ruhpolding behandelt wird. Auch der Bayerwald muss wettbewerbsfähig sein, es muss hier internationale Wettkämpfe geben und gleichzeitig Breitensport und Tourismus bedient werden. Das reicht bis hin zu der Frage, warum Wintersporttalente und Spitzensportler auf Skigymnasien in Südbayern gehen müssen? Warum gibt es entsprechende Kapazitäten nicht bei uns, an unseren Schulen? Deswegen habe ich die sechs Landkreise um konkrete Vorschläge gebeten und daraus das Konzeptpapier „Vision Wintersport Bayerwald 2020“ formuliert. Ich habe das Papier heute dem Ministerpräsidenten übergeben und ihn dringend um Unterstützung gebeten, den Großen Arber dauerhaft als Weltcup-Standort zu erhalten. Hier wurden in den vergangenen Jahren 30 Millionen Euro in moderne Liftanlagen investiert. Der Arber ist unser modernstes Skigebiet und der Weltcup ist ein immenser Werbeträger für die Wintersportregion Bayerwald.

Interview: Ernst Fuchs und Alexander Kain



„Wir müssen die Energie dort erzeugen, wo sie benötigt wird“, fordert Minister Helmut Brunner. – Foto: Bircheneder

zeitig wächst aber, wie gesagt, stetig der Flächenbedarf für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Energiepflanzen.

Welche Folge muss das haben?

Brunner: Wir brauchen ein intelligentes Flächenmanagement, das die Anforderungen von Siedlung, Infrastruktur, Lebensmittelversorgung, Energieproduktion und Naturschutz bestmöglich in Einklang bringt. Die Umnutzung leer stehender Gebäude und brach liegender Industrieflächen soll künftig absoluten Vorrang haben vor Neubauten auf der grünen Wiese. Mögliche Anreize für die Revitalisierung von Dorf- und Stadtkernen sind Abrissprämien, höhere Erschließungsgebühren für Neubausiedlungen oder unterschiedliche Grunderwerbs- und Grundsteuersätze im Innen- und Außenbereich. Handlungsbedarf besteht

Mehrwert zu schaffen. Stichwort: Euros statt Hektar. Denkbar wäre auch, extensiv genutzte Agrarflächen anzurechnen und Maßnahmen zum Umbau von Reinbeständen in klimatolerante Mischwälder. Jedenfalls sollen die Ersatzmaßnahmen besser als bisher in die landwirtschaftliche Produktion integriert werden. Und Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen sollten ganz aus der Kompensationspflicht genommen werden – schließlich geht es hier doch um die Schaffung von regenerativen, erneuerbaren Energien.

Es gab viel Aufregung um das Thema E-Wald – Elektromobilität im Bayerwald. Insbesondere warf die CSU dem FDP-Wirtschaftsminister Martin Zeil vor, sich zu wenig zu kümmern. Hat sich das gelegt?

Brunner: Mitte Juni wurde die Ge-